

Armut kann man nicht skandalisieren, Armut ist der Skandal

Vom Kampf um die Deutungshoheit über den Armutsbegriff

von Ulrich Schneider

„Zerrbild“¹, „Etikettenschwindel“², „Horrorstudie“³, „Panische Überzeichnung“ und „Skandalisierung“⁴. So rauschte es im Februar und März dieses Jahr durch den konservativ-liberalen und neoliberalen Blätterwald. Was war passiert? Eigentlich nichts Besonderes. Der Paritätische hatte wieder mal seinen Armutsbericht vorgestellt. Das tut er jedes Jahr. Nur waren seine Befunde dieses Mal besonders schlecht. Eine Armutsquote von 15,5 Prozent. Damit war in Deutschland ein trauriger historischer Rekord erreicht. Seit 2006 zeigten die Armutsquoten darüber hinaus einen klaren Aufwärtstrend. Und noch nie war Deutschland auch regional so zerklüftet zwischen Arm und Reich wie derzeit.⁵

Gern gehört wurde das nicht. Die Kommentatoren in FAZ, Welt,⁶ Zeit oder focus-online bis hin zur Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen oder der Neuen Züricher Zeitung⁷ überschlugen sich geradezu in ihrem Bemühen, den Bericht als aufgebauscht, überzogen, realitätsfern oder schlicht falsch zu attackieren. Deutschland habe einen Sozialstaat, der nicht schlecht geredet werden dürfe. Gut gehe es den meisten heutzutage. Früher hatten alle viel weniger. Und überhaupt: Wer Armut tatsächlich kennen lernen wolle, sollte doch mal über Deutschlands Grenzen hinaus schauen ... So weit, so üblich.

Es waren die erwartbaren Reaktionen von neoliberaler Seite. Als solche nicht neu.

¹ Die Zeit v. 26.2.2015 „Armutsschwindel“

² FAZ v. 21.2.2015 „Armut auf dem Papier“

³ Focus-online am 2.4.2015 „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven.“ (Abfrage 05/2015) http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html

⁴ FAZ v. 27.4.2015 „Die tief zerklüftete Republik“

⁵ Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.) 2015: Die zerklüftete Republik. Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2014. Berlin

⁶ Die WELT v. 19.2.2015 „Die Wahrheit über die Armut in Deutschland“

⁷ Neue Züricher Zeitung vom 24.2.2015 „Zweifelhaftes Maß, falsche Rezepte - Deutschland rechnet sich arm“

Bereits bei der Vorlage des allerersten Armutsberichts des Paritätischen 1989⁸ begann sich dieses Muster einzuschleifen. Damals hatte der Verband 3,1 Millionen Sozialhilfebezieher als arm bezeichnet. Große Aufregung. In Deutschland gebe es kein Armutsproblem, hieß es damals schon. Die Sozialhilfe verhindere sie ja gerade. Von Armut könne man bestenfalls dann sprechen, wenn jemand trotz Bedürftigkeit keine Sozialhilfe beantrage; ein Betriebsunfall sozusagen, aber kein Massenphänomen. Der Verband bausche auf und rede schlecht.⁹

Bereits seit Mitte der 1970er Jahre begleitet uns die politische und mediale Auseinandersetzung darüber, ob es in der Bundesrepublik Armut gebe und überhaupt geben könne. Es begann, als der CDU-Politiker und damalige Rheinland-Pfälzische Sozialminister Heiner Geissler in einer vielbeachteten Veröffentlichung die „neue soziale Frage“¹⁰ aufwarf – womit er Armut meinte. So lange schon prangern die einen die Armut an, während die anderen sie zuverlässig verneinen oder zumindest auf ein für sie erträgliches Maß kleinformulieren.

Bezeichnend an dieser Auseinandersetzung: Je reicher Deutschland im Laufe der Jahre wurde, je weiter allerdings auch die Einkommens- und Vermögensschere sich öffnete, desto rigorosener wurde Armut geleugnet, desto aggressiver wurden jene attackiert, die die schlechte Botschaft von der Armut in diesem reichen Deutschland überbrachten und desto apodiktischer wurde ihnen praktisch das Recht abgesprochen, jenseits von Obdachlosigkeit oder anderen extremen Erscheinungsformen der Not überhaupt von Armut zu sprechen. Der Paritätische hat dazu im Laufe der Jahrzehnte reichlich Erfahrung sammeln dürfen.

Wo die Reichen immer reicher werden und die Armen immer mehr, wächst auch der Druck in Richtung einer solidarischen Steuer- und Finanzpolitik und damit ganz offensichtlich auch der Widerstand derer, die etwas zu verlieren haben.

⁸ Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.) 1989: „... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ...“ Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für die Bundesrepublik Deutschland. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 11/12/1989

⁹ vgl. Schneider Ulrich 2010: Armes Deutschland – Neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand. Frankfurt am Main S. 11 ff.

¹⁰ Vgl. Heiner Geissler 1975: Die neue sozialen Frage. Freiburg

Das „soziokulturelle Existenzminimum, Warenkörbe und Statistiken

Die Sozialrechtler prägten in dieser Auseinandersetzung die sperrige Vokabel vom „soziokulturellen Existenzminimum“.¹¹ Sie sollte zu einem Schlüsselbegriff werden in diesem Kampf um die Deutungshoheit über die Armut: Zum Existenzminimum gehörte mit Blick auf das Gebot der Menschenwürde nicht nur das, was man zum Überleben zwingend brauche, Nahrung, Kleidung, ein Dach über dem Kopf oder Energie. Das soziokulturelle Existenzminimum umfasse auch das, was notwendig sei, um bei sparsamer Haushaltsführung am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Als Anfang der 1960er Jahre die Sozialhilfe eingeführt wurde, sollte sichergestellt werden, dass dies einem jeden Menschen möglich ist.¹² Was und wieviel er dazu braucht, wurde bis in die 1980er Jahre durch den „berühmten“ Warenkorb definiert, ein Werkstück von echter „deutscher Gründlichkeit“: 2 Rosshaarbesen und 1 Glühbirne für das Jahr fanden sich darin, ein halbes Ei pro Tag, jeden Monat 60 Gramm Bücklinge, 1/8 Liter Sahne, ein Pfund Butter und 70 Gramm Kalbfleisch. Sechs Straßenbahn- oder Buskarten legte man noch hinein, für die Mobilität, und für die kulturelle Teilhabe ein Taschenbuch und eine halbe Kinokarte. Von der Nahrung bis zum Putzmittel, von der Hautcreme bis zum gelegentlichen Gang zum Frisör sollte man in diesem Korb alles finden, was der „typische“ Single so brauchte, um nach den Vorstellungen der Sozialbehörden vor der Armut geschützt zu sein. Es war ein sehr transparentes und vor allem ein sehr plastisches Verfahren, eine Armutsschwelle festzulegen. Es lud zur Diskussion ein. Jeder konnte sich eine Meinung dazu bilden, ob ½ Ei am Tag nicht zu wenig sei, ob 70 Gramm Kalbfleisch im Monat nicht zu üppig seien oder ob Tabak denn wirklich sein müsse.

Lange hielt der politische Warenkorb-Frieden nicht. Vor allem Länder und Kommunen drückten sich darum herum, den Warenkorb mit seinen Rosshaarbesen und Bücklingen auch mal an sich geänderte Verbrauchsgewohnheiten anzupassen, was eigentlich verabredet war. Sie wussten, es konnte nur teurer werden. Lediglich auf

¹¹ Vgl. Walter Schellhorn u.a. 2006 SGB XII – Kommentar zum Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe. München S. 32

¹² ab 2003 auch mit der sogenannten Altersgrundsicherung, eine Art Sozialhilfe-Sonderedition für alte und erwerbsunfähige Menschen, sowie mit Hartz IV ab 2005

Preisanpassungen ließ man sich ein. Die Diskussion gewann an Schärfe. Als dann 1981 doch endlich eine neue zeitgemäßere Produktpalette erarbeitet war, blockten die Haushaltspolitiker. Um über 30 Prozent hätten die Regelsätze in der Sozialhilfe angehoben werden müssen.¹³ Das war ihnen dann doch zu viel der Teilhabe. Man versuchte, den neuen Warenkorb so lange zu „schleifen“, bis die Kosten genehm wurden. Sogar Koch- und Backzutaten wurden wieder ins Regal zurück gestellt. Statt Durchschnittspreise wurden in den Berechnungen ausschließlich Billigangebote zugrunde gelegt. Trotzdem wollte es nicht gelingen, die Mehrkosten wegzuzaubern. Und so war man sich bald einig: Ein ganz neues Verfahren musste her.

Das so genannte Statistikmodell wurde geboren. Bis heute dient es dazu, die Regelsätze zu bemessen; oder besser: in ihrer Höhe quasi-objektiv zu begründen. Vereinfacht formuliert funktioniert es so, dass man nachschaut, was einkommensschwache Haushalte so an Geld haben und wofür sie es ausgeben.¹⁴ Man warf dazu den Blick auf die untersten 20 Prozent der Einkommensskala. Seit 2010 zieht man nur noch die untersten 15 Prozent heran, um die Ergebnisse zu drücken. Datengrundlage für das Ganze ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des statistischen Bundesamtes (EVS), die alle fünf Jahre erhoben wird. 60.000 Haushalte werden dazu gebeten, penibel Haushaltsbuch zu führen und aufzuschreiben, was sie sich so leisten: Von Lebensmittel über Getränke und Tabak bis hin zu Einrichtungsgegenständen, von Topfpflanzen über die Fahrradausstattung bis zum Besuch einer Gaststätte, vom Segelflugzeug bis zur Bratwurst im Brötchen: Für alles findet sich eine Kategorie in dieser Statistik.

Ist dann alles säuberlich erfasst und ausgewertet, wird all das wieder aus der Statistik herausgestrichen, wovon die Beamten des Arbeitsministeriums glauben, dass es einem Hartz IV-Bezieher ohnehin nicht zustehe: Ausgaben für ein Auto etwa, aber auch Tierfutter, die chemische Reinigung, ein Weihnachtsbaum, Grabschmuck für einen verstorbenen Angehörigen, Urlaub, Zigaretten oder Alkohol. Was dann noch

¹³ S. Der Spiegel 52/1984: Die knacken denen die Kalorien weg – Sozialexperten streiten um das Existenzminimum für Bundesbürger.

¹⁴ Bezieher von Grundsicherung werden allerdings herausgerechnet, um keine Zirkelschlüsse zu produzieren.

übrig bleibt, bildet schließlich das regierungsamtliche soziokulturelle Existenzminimum.¹⁵

Ob Warenkorb oder Statistikmodell: Verschleppte Anpassungen und haushaltspolitisch motivierte Eingriffe in die Statistik machten pragmatische Kompromisse zur Definition des Existenzminimums stets wieder kaputt, kaum dass sie gefunden waren. Der Streit um den Armutsbegriff wurde damit zum politischen und öffentlichen Dauerthema.

Im Rückblick zeigt sich, wie wichtig die Einführung des Begriffs des „soziokulturellen Existenzminimums“ war. Keiner konnte mehr hinter diesen Standard zurück: Es ging und geht neben dem physischen Existenzminimum fortan immer auch um Teilhabe in einer vom Wohlstand geprägten Gesellschaft. Man kann heute dieses Minimum kleinreden und kleinrechnen. Aber man muss sich zumindest auseinandersetzen. Einfach Wegducken geht nicht mehr. Auch wenn aktuell so Mancher das Rad wieder zurückdrehen will. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Die relative Einkommensarmut, Wohlstand und Ungleichheit

Auf der europäischen Ebene ging man seit Beginn der 1980er Jahre einen anderen Weg, um Armut und Teilhabemöglichkeiten zu definieren und zu operationalisieren. Der Ausgangsgedanke war durchaus ähnlich: Arm waren nach Auffassung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft alle Personen, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“¹⁶ Was das in Mark, Schilling, Lire, Pfund oder Gulden bedeutete, um das herauszufinden, errechnete man keine absoluten Beträge, wie etwa beim Warenkorbmodell, sondern verständigte sich nach Jahre langer Diskussion auf das Konzept der relativen Einkommensarmut – sehr komplex im theoretischen Anspruch und

¹⁵ Vgl. ausführlich: Ulrich Schneider 2010 a.a.O. 154 ff.

¹⁶ Kommission der Europäischen Gemeinschaft 1983: Schlußbericht der Kommission an den Rat über das erste Programm von Modellvorhaben und Modellstudien zur Bekämpfung der Armut. Brüssel

doch von geradezu genialer Einfachheit in der Operationalisierung.¹⁷ Arm sei, wer über weniger als die Hälfte des mittleren Durchschnittseinkommens verfügt. Sind es weniger als 60 Prozent, bestehe zumindest ein Armutsrisiko und bei weniger als 40 Prozent wurde von „strenger Armut“ gesprochen.¹⁸

Es war eine Armutsdefinition, die angesichts der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangsverhältnisse in den einzelnen europäischen Staaten anerkannte, dass Armut in Tschechien anders aussehen kann als in Norwegen oder Deutschland und dass es immer auf das jeweilige allgemeine Wohlstandsniveau und die dadurch beeinflusste Lebensweise in den einzelnen Staaten ankommt, ab wann man von Armut sprechen kann und wann nicht. Das Konzept relativer Einkommensarmut schließt dabei bewusst jeden Versuch aus, die relative Armut im eigenen Land mit dem Verweis auf viel ärmere Länder zu relativieren. Es ist eine Armutsdefinition, die vom Menschen in seiner jeweiligen Gesellschaft mit ihren jeweiligen Möglichkeiten und Beschränkungen und vor allem aber mit ihrem jeweiligen Preisniveau ausgeht.

Wenn nach der Veröffentlichung des Paritätischen Armutsberichtes im Februar 2015 in den einschlägigen Zeitungskommentaren kritisiert wurde, das Konzept der relativen Einkommensarmut führe im internationalen Vergleich zu „absurden“ Ergebnissen, da die Armutsquote in weniger reichen Ländern durchaus geringer sein kann als in Deutschland, so ist dies denn auch weniger als ein Argument gegen die Stimmigkeit und Aussagekraft des Konzeptes zu werten denn vielmehr als ein polemisches und effekthaschendes Statement dahin gehend, dass man sich auf dieses Teilhabe-

¹⁷ Vgl. Hauser Richard u.a. 1982: Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und sozialpolitische Perspektiven. Frankfurt am Main/New York

¹⁸ Bei der Ermittlung des durchschnittlichen Einkommens arbeitete der erste regierungsoffizielle Armutsbericht noch mit dem arithmetischen Mittel wie auch mit dem Median. Während bei der Errechnung des arithmetischen Mittels alle Haushaltseinkommen addiert und durch die Anzahl der Haushalte geteilt werden, werden beim Median alle Haushaltenach ihrem Einkommen der Reihe nach geordnet, wobei das Einkommen des Haushaltes in der Mitte der Reihe den Mittelwert ergibt. Der Median wird vor allem dann gewählt, wenn man in der Reihe einzelne extreme „Ausreißer“ hat, die ansonsten den Durchschnitt nach oben oder unten verzerren würden. D.h. wie reich genau die Superreichen sind, spielt beim Median keine Rolle denn das Einkommen des Haushaltes in der Mitte der Rangreihe bleibt ja immer gleich. Und da in Deutschland die Reichen schon sehr reich sind, wies der Erste Armutsbericht der Bundesregierung 2001 bei Anwendung des arithmetischen Mittels eine Armutsquote von 10,2 Prozent aus, die jedoch bei Nutzung des Medians auf nur noch 6,2 Prozent zusammenschmolzen. Man entschied in den folgenden Berichten, nur noch den moderateren Median auszuweisen.

konzept der relativen Einkommensarmut und seine Grundannahmen schlicht nicht einlassen will.¹⁹

Das Konzept der relativen Einkommensarmut berücksichtigte weiterhin, dass in fast allen EG-Staaten Einkommen, sprich: Geld der entscheidende Schlüssel für die Befriedigung der existenziellen Grundbedürfnisse und der Möglichkeiten sozialer und kultureller Teilhabe ist, nicht Tafeln, nicht Kleiderkammern, kein Gemüseanbau und auch keine Teilhabegutscheine a la von der Leyen!

Im Grunde war es die Idee des soziokulturellen Existenzminimums, nur sehr konsequent zu Ende gedacht. Der Armutsbegriff wurde in wohlhabenden Gesellschaften eben nicht mehr nur auf jene beschränkt, die in Lumpen herumlaufen, betteln und in öffentlichen Unterkünften oder gleich unter Brücken nächtigen. Das Konzept der relativen Einkommensarmut beendete konsequent die vielfach und gern gepflegten Klischees der Armut; jene Klischees, die vor allem den Zweck erfüllen sollen, uns zu belehren, dass es in Deutschland doch so gut wie keine Armut gebe.

Und mehr noch: Armut und Teilhabe brauchen als Kategorien immer die Anbindung an die sich stets verändernde Gesellschaft. Damit macht das Konzept relativer Einkommensarmut sehr ernst. Wenn wir Armut konsequent verstehen als ein Mangel an Ressource, und vor allem an Einkommen, um wenigstens auf bescheidenem Niveau am gesellschaftlichen Leben und der allgemeinen Lebensweise teilzuhaben, so muss die Armutsgrenze konsequenterweise mit dem Reichtum mitwachsen. Umgekehrt muss die Armutsgrenze sinken, wenn Volkswirtschaften in eine Krise geraten, wie es etwa in Griechenland der Fall ist. Alles andere widerspricht nicht nur der Logik des Ansatzes, sondern vor allem der Lebenswirklichkeit. Eine wie auch immer gesetzte absolute Armutsgrenze wird dieser Tatsache immer nur hinterherlaufen können, wie die unsägliche Geschichte des Warenkorb und des Statistikmodells nur allzu deutlich zeigte.

Das Konzept relativer Einkommensarmut konzentriert sich nicht mehr so sehr auf den armen Menschen (und seinen Lumpen, Rosshaarbesen und Bücklingen), son-

¹⁹ vgl. Die Zeit v. 26.2.2015 „Armutsschwindel“; Die Welt v. 19.02.2015 „Die Wahrheit über die Armut in Deutschland“

dem rückt den Gedanken der Kohäsion, den Zusammenhalt einer Gesellschaft sehr viel konsequenter in den Mittelpunkt seiner Armutsdefinition als ein wie auch immer gearteter, vielleicht um eine Kinokarte und ein gutes Buch angereicherter Warenkorb oder das spätere Statistikmodell. Es trägt wesentlich konsequenter der Tatsache Rechnung, dass sich mit allgemein steigendem Einkommen und Wohlstand Lebensstile, Gewohnheiten und Formen des gesellschaftlichen Miteinanders ändern, dass Ansprüche steigen und mit ihnen auch mögliche Hürden der Teilhabe, und dass solche Veränderungsprozesse in einer Gesellschaft außerordentlich rasch ablaufen.

Deutschland wird reicher und reicher und zwar ziemlich schnell. Und genauso schnell ändern sich gesellschaftliche Formen und Bedingungen von Teilhabe und Ausgrenzung. Wurde vorgestern noch in der Schule ein Taschenrechner benötigt, war es gestern der PC und sind es heute der Laptop samt Internetanschluss. Rief man sich vorgestern noch von der Telefonzelle aus an, war es gestern das Handy und telefoniert man heute gar nicht mehr, sondern muss Smartphone und Internet nutzen, um mit seiner „Community“ zu kommunizieren. Traf man sich früher im Park, trifft man sich heute bei Facebook. War das bewunderte Pop- oder Rockidol gestern noch für relativ kleines Geld in kleiner Show zu sehen, sind es heute gewaltige Bühnenshows mit über 100 Euro Eintritt. Badete man gestern noch im schlichten kommunalen Schwimmbad, ist es heute das private Spaßbad. War es gestern noch die Klassenfahrt in die preiswerte Jugendherberge oder das Schullandheim, geht es heute in den Skiurlaub oder auf den europaweiten Städtetrip. Sämtliche Lebensbereiche unterliegen einem ständigem Wohlstandswandel, der in Technik und Kultur, vor allem aber in den Kosten seinen Ausdruck findet.

Es ist damit eine gesellschaftspolitisch außerordentlich anspruchsvolle Definition von Armut. Es geht nicht nur um die notdürftige Versorgung von Menschen, sondern es geht tatsächlich gegen soziale Ungleichheit. Es ist dies der gewaltige Unterschied zwischen einem absoluten und einem relativen Armutsbegriff, zwischen Warenkorb und Statistikmodell auf der einen Seite und der 60-Prozent-Schwelle auf der anderen Seite. Das mittlere Einkommen einer Gesellschaft kann steigen und steigen, Reiche können reiche und reicher werden. An der Tatsache, dass ein Mensch nach Ansicht diverser Regierungskommissionen 2 Rosshaarbesen braucht und 60 Gramm Bücklinge ändert das erst einmal gar nichts. Das Warenkorbmodell lässt es durchaus zu,

dass die Armen mit ihrem Warenkorb immer noch weiter abgehängt werden von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung, immer noch weiter sich entfernen von der Mitte. Ganz genauso verhält es sich beim Statistikmodell. Untersucht werden ausschließlich die untersten 15 Prozent auf der Einkommensskala. Zwischen den untersten 15 Prozent, der Mitte und den obersten 15 Prozent kann die Schere immer weiter aufgehen, Es spielt schlicht keine Rolle bei der Berechnung des Existenzminimums. Die Gesellschaft kann regelrecht auseinanderfallen. Den Armutsbegriff des Statistikmodells berührt dies im Zweifelsfalle überhaupt nicht. Referenzgruppe für die Armutsschwelle sind in diesem Modell und in dieser Denkweise immer die Armen selbst. Und zwar in einem höchst kuriosen Verfahren. Zuerst werden aus der statistischen Vergleichsgruppe der untersten 15 Prozent alle Grundsicherungsbezieher herausgenommen, um sich nicht dem Vorwurf des Zirkelschlusses auszusetzen. Dann werden jedoch, wenn das Rechenergebnis einer Bundesregierung immer noch zu hoch ausfällt, so viele Ausgabepositionen wieder gestrichen, dass man doch wieder auf Hartz IV-Niveau landet. Es gibt im Warenkorb und beim Statistikmodell keinen Mechanismus, der für Anbindung des Existenzminimums an die Mitte der Gesellschaft Sorge tragen würde. Diesen Mechanismus hat nur das Konzept relativer Einkommensarmut mit seiner 60-Prozent-Schwelle.

Wenn die Kritik am Paritätischen Armutsbericht gelegentlich mit „entlarvender“ Attitüde feststellt, hier ginge es ja weniger um Armut als vielmehr um Ungleichheit, so beweist diese Enthüllungskonnotation lediglich, dass das Konzept nicht im Ansatz verstanden ist, oder dass man es schlicht nicht verstehen will. Denn um was sonst soll es gehen als um Ungleichheit? Natürlich geht es Ungleichheit. Es geht um Armut als Folge wachsender Ungleichheit bei den Einkommen. Es geht umgekehrt nicht um Gleichmacherei um der Gleichheit willen. Aber es geht ganz selbstverständlich darum, der Ungleichheit armutspolitische Grenzen zu setzen.

Das Konzept relativer Einkommensarmut kommt auf den ersten Blick sehr technisch, sehr statistisch, sehr mathematisch daher. Doch das täuscht. Um es wirklich zu begreifen und seine Relevanz beurteilen zu können, bedarf es eines gehörigen Maßes an Lebenserfahrung – und zwar in unterschiedlichen Milieus. Es bedarf sozialer Kompetenz, Sensibilität und Empathie. Die Prozesse der Ausgrenzung mit all ihren individuellen psychischen Belastungen für die betroffenen Menschen sind subtil, ver-

deckt und gar nicht immer so leicht zu erkennen. Es ist gerade nicht nur der Bettler vor dem Bankgebäude oder der Flaschensammler auf der Einkaufsstraße. Es sind beispielsweise auch die Kinder, die angeblich immer dann krank werden, wenn der Kindergartenausflug stattfindet und der Theaterbesuch mit der Schulklasse, die Kinder, die auch nicht mitgehen können, wenn die anderen zum Bowling gehen oder ins Kino. Es sind die Erwachsenen, die nicht zugeben wollen, wenn sie ihren Job verloren haben oder so wenig verdienen, dass es einfach nicht reicht, und die dann wegbleiben vom Kegelabend, vom Fitnessclub oder von ihrem Stammplatz im Fußballstadion. Ob Klein oder Groß, man ist einfach nicht dabei – mit all dem Frust und Leid, das es auslöst, und mit all dem Stress, den es macht, wenn man nie genau weiß, wie man über den teuren Monat kommen soll, und sich dauernd alles versagen muss.

Relative Armut ist meist verschämt. Sie zeigt sich nicht offensiv. Es ist häufig eine subtile, verdeckte Armut, die trotzdem einfach krank macht. Es bedarf schon sehr offener Augen und eines sehr wachen Blickes, um mit einem solchen Armutsbegriff etwas anfangen zu können. Es bedarf im wahrsten Sinne des Wortes der Mitmenschlichkeit.

Geld, überschätzte Studenten und verschwiegene Obdachlose

Alles in allem ist es überhaupt nicht verwunderlich, dass das Konzept relativer Einkommensarmut von Anbeginn an aus der Politik und in einigen Medien heftig befehdet wurde – mal mehr, mal weniger intelligent. Und bis heute mal mehr, vor allem aber weniger sachkundig.²⁰ Angriffsflächen bietet es zur Genüge, wenn man es denn angreifen will und wenn man den dahinterstehenden Armutsbegriff aus welchen Gründen auch immer nicht akzeptieren will: Es ist eine Stichtagsbetrachtung. Sie

²⁰ s. den Austausch offener Briefe zwischen Ulrich Schneider und Kolja Rudzio, Redakteur der Zeit. <http://www.der-paritaetische.de/nc/pressebereich/artikel/news/offener-brief-von-ulrich-schneider-an-zeit-redakteur-kolja-rudzio/>
<http://www.zeit.de/2015/09/armut-bericht-paritaetische-wohlfahrtsverband>
<http://www.der-paritaetische.de/nc/pressebereich/artikel/news/offener-brief-von-ulrich-schneider-an-zeit-redakteur-kolja-rudzio-kopie-1/>

sagt nichts darüber aus, wie lange die Menschen in der Einkommensarmut verbleiben. Es ist eine eindimensionale Betrachtung, die ausschließlich das Einkommen in den Blick nimmt. Sie fängt keine weiteren materiellen Ressourcen ein und gibt erst einmal auch keine Auskunft über die ganz konkrete sonstige Lebenssituation, geschweige denn die konkrete Perspektive der armen Menschen. Wie sieht es mit den sozialen Kontakten aus, mit Freundschaften und Familie? Wie steht die Chance, wieder aus der Armut herauszukommen? Empfindet sich der Arme eigentlich selbst auch als arm? Ist er optimistisch oder pessimistisch, gesund oder krank? All das sind wichtige Fragen, wenn es um die Erforschung der Armut, ihrer Ursachen und Folgen geht. Wenn man es jedoch darauf anlegt, kann man mit diesen Fragen auch ganz trefflich versuchen, das Konzept der relativen Einkommensarmut zu „zerschießen“. Man braucht lediglich Definition, Ursache und Wirkung zu vermengen und ordentlich Verwirrung stiften, um zu vermeintlichen Unzulänglichkeiten des ganzen Konzeptes zu gelangen. Hiervon wurde seit jeher eifrig Gebrauch gemacht – auch oder gerade von Kritikern, denen es mit einiger Sicherheit nicht in erster Linie um Wissenschaft und Wahrheitsfindung ging. Richard Hauser, der Nestor der bundesdeutschen Armutsforschung stellte dazu auf einer Tagung des Paritätischen richtig: „Die von der neueren Armutsforschung herausgearbeiteten weiteren Aspekte der Armut – z.B. Arbeitslosigkeit und Migrationshintergrund, Bildungsdefizite und Bildungschancen, Krankheiten und Behinderung, Familienkonflikte und Vereinsamung mangelnde Integration in soziale Netzwerke, fehlende Partizipation an kulturellen und politischen Aktivitäten – gehören teils in den Bereich der Ursachen, teils in den der Auswirkungen von materieller Armut, teils liegen sie auf dem Feld akzessorischer Begleiterscheinungen materieller Armut. Sie konstatieren aber nicht Armut, weil sie keineswegs nur Arme betreffen, sondern in unterschiedlicher Weise viel weiter verbreitet sind und auch nicht generell durch staatliche Politik beseitigt werden können.“²¹

Geld und Einkommen bleiben damit die zentralen Größen zur Bestimmung des Existenzminimums und zur Vermessung der Armut. Selbst wenn darauf verwiesen wird, dass Arbeitslosigkeit doch das eigentliche Armutproblem sei oder mangelhafte Bil-

²¹ Richard Hauser 2009: Stand und Perspektiven der Armutsforschung. Vortrag im Rahmen der Tagung 20 Jahre Bundesweite Armutsforschung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband in Kooperation mit der Paritätischen Forschungsstelle am 5. November 2009 in Berlin. S. 6 (Abruf 05/2015) <http://www.paritaet-alsopfleg.de/index.php/downloadsnew/soziales-wohnungslosenhilfe/arbeitshilfen-1/780-stand-und-perspektiven-der-armutsberichterstattung-prof-dr-hauser-05-11-09/file>

dung, wird nie bestritten, dass es am Ende doch wieder um das Einkommen geht: Arbeit und Bildung nicht etwa wegen der Geselligkeit oder in Verfolgung eines humanistischen Bildungsideals, sondern als Voraussetzung für gesellschaftlichen Aufstieg und Einkommen. Am Ende zählt das Geld, und zwar mehr denn je.²² Wo städtische Schwimmbäder privaten Saunalandschaften weichen, wo vielerorts Bibliotheken ebenso geschlossen werden wie Theater oder andere öffentliche Kultureinrichtungen und wo Jugendzentren, Stadtranderholung oder Gesundheitsberatung dem kommunalen Rotstift zum Opfer fallen, wird der eigene Geldbeutel immer wichtiger.²³ Oder wenn der private Nachhilfeunterricht in der Oberstufe unserer Gymnasien bereits zum Regelfall wird, wenn die Brille selbst zu zahlen ist und politisch überhaupt kein Hehl mehr daraus gemacht wird, dass für die allermeisten die Rente allein im Alter ohnehin nicht mehr vor Armut schützen wird, dann kommt es mehr und mehr auf das private Einkommen und private Vorsorge an. Je weiter öffentliche Daseinsvorsorge heruntergefahren wird, vom ermäßigten öffentlichen Personennahverkehr über das Stadttheater bis zum Rentenniveau, umso höher die Relevanz des Einkommens. Wir können über Ressourcen diskutieren und über Chancen, wenn wir von Armut sprechen, wir können über Partizipation oder subjektiven Befindlichkeiten reden. So wie unsere Gesellschaft jedoch gestrickt ist, läuft es am Ende fast immer aufs Geld hinaus – auf Geld, das man hat oder eben nicht. Geld bestimmt entscheidend den Bewegungsraum in dieser Gesellschaft, Geld bestimmt Zugänge, Geld bestimmt nach wie vor in ganz erheblichem Maße Bildungschancen.

Die Grundannahme, dass das Einkommen tatsächlich eine Schlüsselressource darstellt, um die Komplexität des Phänomens Armut sinnvoll zu reduzieren und auf einen analytischen und relativ leicht messbaren Punkt zu bringen, erzeugt allerdings notgedrungen empirische Unschärfen. Es liegt in der Natur der wissenschaftlichen Sache. Bei jedem sozialwissenschaftlichen Messinstrument besteht das Problem, dass soziale Phänomene – sei es Reichtum oder sei es Armut, gesellschaftliche Kohäsion oder Ausgrenzung – empirisch niemals wirklich befriedigend abgebildet werden können. Dies hängt nicht nur mit der stark normativen Durchdringung der jeweili-

²² Von den Zeitungskomentaren zum Armutsbericht war es lediglich Guido Bohsem von der Süddeutschen Zeitung, der sich zu der, was die Armutsforschung betrifft, sehr simplifizierenden und deshalb irigen Behauptung versteigt, Armut werde „inzwischen weniger über Geld als über eine würdevolle Teilhabe an der Gesellschaft definiert.“ SZ v. 21.2.2015

²³ Vgl. Ernst & Young: Kommunen in der Finanzkrise: Status quo und Handlungsoptionen. EY Kommunenstudie 2014

gen Definitionen zusammen. Es liegt auch an der Tatsache, dass die Konstatierung sozialer Phänomene immer nur Konstrukte sind, deren Facettenreichtum notgedrungen erheblich reduziert werden muss, um sie auch nur annähernd theoretisch, geschweige denn empirisch einfangen zu können. Armut ist immer Qualität, ist immer vielgestaltig und auch im Fluss. Will ich Armut messen, muss ich sie in Quantität und Arithmetik überführen. Das verlangt Zugeständnisse und Vereinfachungen. Das ist der Preis, den man für die empirische Vermessung sozialer Phänomene wie Armut zahlt.

Die Unschärfen des Konzeptes relativer Einkommensarmut fallen allerdings bei weitem nicht so stark ins Gewicht, wie es in so manchem Medienkommentar zum Paritätischen Armutsbericht den Anschein erwecken sollte. Vielmehr gleicht sich vieles am Ende aus. Wichtig ist, dass das Messinstrument als Ganzes auch über lange Zeitreihen hinweg trägt.

Ein Beispiel zur Veranschaulichung: Es waren nach der Vorlage des Armutsberichtes des Paritätischen immer wieder die Studierenden, die als Beleg dafür herhalten sollten, dass die Messung relativer Einkommensarmut „unsinnig“ und die Ergebnisse überhöht seien. „So gelten neben Hartz-IV-Empfänger auch Studenten als arm“, erklärt Guido Bohsem in der Süddeutschen fälschlicherweise seinen Lesern.²⁴ Auch in der FAZ lasen wir, dass „praktisch alle ... Studierenden, die in einem eigenen Haushalt leben, per Definition ‚einkommensarm‘“ seien²⁵, obwohl sie doch gute Bildung erfahren und gute Zukunftsaussichten hätten. Es ist geradezu ein Paradebeispiel dafür, wie die Unschärfen der Einkommensarmutsmessung an der Datenlage vorbei aufgebauscht werden, um das Gesamtkonzept zu diskreditieren. Worauf die Kritiker nämlich aus Unwissenheit oder vielleicht auch ganz bewusst nicht aufmerksam machten: Es sind gerade einmal 47 % der Studierenden, die 2012 allein, in einer WG oder in Untermiete lebten und damit das angesprochene Klischee erfüllen. Mehr als die Hälfte lebte dagegen bei den Eltern, in einer ehelichen oder nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit oder ohne Kinder oder waren Bewohner von Studentenwohnheimen, die, gleich welches Einkommen sie haben, von der Armutsstatistik gar nicht

²⁴ „Falsch berechnet“ in SZ v. 21.02.2015

²⁵ „Die tief zerklüftete Republik“ in FAZ v. 27.04.2015

erfasst werden.²⁶ Von denjenigen, die nicht mehr im Elternhaus lebten, verfügten 37 Prozent über ein Einkommen von 900 und mehr Euro und lagen damit ganz klar über der Armutsschwelle, die in 2012, als die Daten zu den Studierenden erhoben wurden, 864 Euro betrug.²⁷ Die lapidare Behauptung, Studenten gelten im Konzept der relativen Einkommensarmut als arm, ist damit einfach falsch. Auch die eingeschränktere Behauptung, „praktisch alle“ Studierenden mit eigenem Haushalt würden zu den einkommensarmen gezählt werden, bleibt aufgebauscht und falsch.

Mit anderen Worten: Es werden bei weitem nicht so viele Studierende als arm mitgezählt, wie die Kritik Glaubens machen will. Zum Teil, weil sie einfach nicht arm sind, zum Teil, weil sie in dem den Armutsberechnungen zugrunde liegenden Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes gar nicht erfasst werden. Ebenso wenig übrigens wie Obdachlose, arme alte, pflegebedürftige und behinderte Menschen in Einrichtungen oder Asylbewerber in Sammelunterkünften.²⁸ Auch sie gehen in die Messung der Armut überhaupt nicht ein. Es fällt schon auf, dass diese Unschärfe der Statistik niemand erwähnt. Über den Grund kann man nur spekulieren. Vielleicht passt es nicht ins Konzept? Passt es vielleicht nicht in die Botschaft von der aufgeblasenen Statistik, den überhöhten Zahlen und der Skandalisierung. Es bleibt je nach Stoßrichtung mal müßig, mal sehr durchsichtig, wenn derlei „methodischen Petitessen“²⁹ selektiv hochgeschraubt werden sollen, um die Vermessung der Armut in Deutschland zu diskreditieren.

Aus Sicht der Wissenschaftler ist es nur verständlich, wenn der Wunsch besteht, das Netz breiter auszuwerfen, die Lebenssituation armer Menschen komplexer einzufangen und genauer zu bestimmen. Dem Einkommenskonzept wurde daher in den 1990er Jahren ein Lebenslagenkonzept zur Seite gestellt. Es wurde nach der Wohnsituation geschaut, nach den Bildungsabschlüssen, dem Arbeitsplatz und auch nach der Gesundheit. Die Ergebnisse waren freilich wenig überraschend: Die Einkom-

²⁶ Elke Middendorff, Beate Apolinarski, Jonas Poskowsky, Maren Kandulla, Nicolai Netz 2013: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung Hg. Bundesministerium für Bildung Forschung S. 404

²⁷ a.a.O. S. 202

²⁸ Vgl. dazu die Erläuterungen des Statistischen Bundesamtes (Abfrage 05/2015) <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/pdf/Mikrozensus.pdf>

²⁹ So Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen, in der Frankfurter Rundschau v. 29. April 2015: Streit über den Umgang mit der Armut“

mensarmen waren meist häufiger arbeitslos, hatten die kleinere und schlechtere Wohnung und meist auch die schlechteren Bildungsabschlüsse.³⁰

Später kam in den Berichten sogar ein „Mangel an Teilhabe von Bürgern an der Gesellschaft“ hinzu, „soziale Ausgrenzung“ und schließlich ein „Mangel an Verwirklichungschancen“.³¹ Nach Kumulationen wurde geforscht und nach den möglichen Zusammenhängen von Ursache und Wirkung.

Die Kehrseite jedoch: Je gründlicher der Armutsbegriff ausdifferenziert wurde, desto mehr zerfaserte er. Welche Armut ist eigentlich die schlimmste? Geldnot? Einsamkeit? Wohnungsnot? Der Armutsbegriff ähnelte im Laufe der Jahre mehr und mehr dem sprichwörtlichen Pudding, den man an die Wand nageln will. So klagt der Frankfurter Armutsforscher Richard Hauser 2009 völlig zu Recht: „Wenn man Ursachen von Armut und Verwirklichungschancen im Sinnen von Erwartungen über die künftigen Lebenswege in den Armutsbegriff einbezieht, dann schwimmt der Armutsbegriff in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen von sozialer Ungleichheit und von Prozessen der Benachteiligung. Damit entsteht die Gefahr, dass infolge eines entgrenzten Armutsbegriffs die für eine Armutsberichterstattung unerlässliche statistische Erfassung und quantitative Messung des Ausmaßes der Armut und des Armutsgrades nicht mehr möglich ist.“³² Man darf getrost unterstellen, dass genau dieses dem einen oder anderen sehr recht wäre, würde es doch den politischen Druck, der von dem Armutsbegriff ausgeht, ganz erheblich reduzieren.

Je kleinteiliger die Armut im Laufe der Jahre wissenschaftlich in ihre Einzelfacetten zerlegt wurde und damit tatsächlich jedes Maß verlor, desto klarer traten wieder die Vorteile einer einzigen Schlüsselressource zur Bestimmung von Armut hervor, nämlich das Einkommen. Das Konzept der relativen Einkommensarmut, so viel kann nach nunmehr Jahrzehnten der Armutsforschung festgestellt werden, erweist sich

³⁰ Vgl. Walter Hanesch, Wilhelm Adamy, Rudolf Martens, Doris Rentzsch, Ulrich Schneider, Ursula Schubert, Martin Wisskirchen 1994: Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek bei Hamburg

³¹ Vgl. Richard Hauser 2009: Stand und Perspektiven der Armutsberichterstattung aus Sicht der Armutsforschung. Vortrag im Rahmen der Tagung „20 Jahre bundesweite Armutsberichterstattung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“ am 5. November in Berlin (Abfrage 05/2015) <http://www.paritaet-alsopfleg.de/index.php/downloadsnew/soziales-wohnungslosenhilfe/arbeitshilfen-1/780-stand-und-perspektiven-der-armutsberichterstattung-prof-dr-hauser-05-11-09/file>

³² Richard Hauser a.a.O. S. 7

nach wie vor als das beste zur Verfügung stehende Instrument, will man einen Eindruck über das Ausmaß der Armut in Deutschland gewinnen.

Furor, gefühlte Realität und absolute Armut

Die alljährliche Kritik am Armutsbericht des Paritätischen hat schon etwas von sich wiederholenden neoliberalen „Empörungsritualen“ .Überraschend kam sie also auch 2015 nicht. Neu waren allerdings der Furor und die Aggressivität, mit der die Angriffe in der Presse geführt wurden. „Irreführung“³³ war noch der geringste der Vorwürfe, die dem Verband gemacht wurden. Von ungerechtfertigter Skandalisierung und Alarmismus³⁴ war die Rede. Geradezu wütend wirkte so mancher Kommentar³⁵. Es ging gar nicht mehr um die Auseinandersetzung mit einem Konzept und mit Statistiken. Es ging ganz offenkundig darum, den Paritätischen selbst zu diskreditieren, seine Reputation anzugreifen und seine Glaubwürdigkeit öffentlich anzuzweifeln. Heribert Prantl, Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Kenner der Medienlandschaft und scharfer Beobachter der gesellschaftspolitischen Vorgänge in Deutschland, brachte es in einem Kommentar sehr schnell auf den Punkt: „Die Armutsdebatte ist eine hochpolitische Glaubwürdigkeitsdebatte. Sie wird ausgetragen zwischen denen, die die Armut in Deutschland für ein aufgeblasenes Schreckensszenario halten, und denen, die die Realität aus täglicher Arbeit kennen.“³⁶

Und so wurden manche Blätter auch sehr schnell sehr massiv. Als „Schwindel“ bezeichnete die Zeit den Armutsbericht. Schummelei warf sie den Autoren vor.³⁷ Von statistischen Tricks und „Zahlentricksern“³⁸ war auch in der FAZ und bei focus-online³⁹ zu lesen. Es ginge dem Verband (mehr oder weniger) um seinen „Geschäftszweck“, hieß es in der Süddeutschen. Es ginge darum, die „eigene Bedeutung

³³ Süddeutschen Zeitung v. 21. Februar 2015 „Falsch berechnet“

³⁴ FAZ v. 27.04.2015 „Die tief zerklüftete Republik“

³⁵ Focus – online v. 2.4.2015 „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven“ (Abfrage 05/2015) http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html

³⁶ SZ v. 3. April 2015 „Wer in Deutschland arm ist“

^{37/37} DIE ZEIT vom 26.2.2015 „Armutsschwindel“

³⁸ Faz v. 21.2.2015 „Arm auf dem Papier“

³⁹ Focus-online v. 2.4.2015 „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden - Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven“

in den Vordergrund zu rücken“, konnte man auf focus-online lesen.⁴⁰ „Ein Wohlfahrtsverband lebt von der Armut“, glaubte auch das Zeitmagazin aufklären zu müssen, nicht ohne den zuckersüßen Zusatz freilich, dass man das natürlich nicht abwertend meine.⁴¹

Selbst vor persönlichen Attacken glaubte man keinen Halt mehr machen zu dürfen in diesem Kampf um Glaubwürdigkeit und Diskreditierung: „Schneider, der Aufschneider“ legte die FAZ vor. Der „Armutlobbyist Schneider“ verstehe einfach nicht, welchen „Unsinn“ er verbreite, er „müsste mal dringend Urlaub machen, um den Kopf frei zu bekommen“, pöbelten focus-online und Zeitmagazin herum.⁴² Das war in der Tat eine ganz neue Qualität.

Diese Aggression paarte sich mit dem ganz offensichtlichen Widerwillen, sich mit den Ergebnissen und Fakten des Armutsberichtes überhaupt auseinandersetzen zu müssen. Man will schlicht nichts mehr hören von Armut. Von einem absurden Konzept mit absurden Rechenergebnissen war von FAZ über focus-online bis zur WELT zu lesen und dass dieser Ansatz aber auch nichts mehr mit der Realität der reichen Bundesrepublik zu tun habe. „Deutschland rechnet sich arm“, titelte auch die Neue Züricher Zeitung⁴³

Der relativen Einkommensarmut wurde brachial die rigorose Verneinung einer jeglichen Armut gegenüber gestellt, die im Alltag der Mehrheit der Bevölkerung und ihres einkommensstärkeren Teiles nicht so offensichtlich ist, die nicht in extremen Formen ihren Ausdruck findet und die nicht längst überwunden geglaubte Klischees zu bedienen in der Lage ist.

⁴⁰ Focus-online vom 28.4.2015 „Wächst die Armut wirklich? Kritik an Sozialverbänden“(Abfrage 05/2015) http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/waechst-die-armut-wirklich-kritik-an-sozialverbaenden_id_4643270.html

⁴¹Vgl. Harald Martenstein „Über Armutsforscher und Nesthocker“ In Zeitmagazin Nr. 20/2015

⁴² Focus-online am 2.4.2015 „Reiche verteufeln, Arme erfinden. Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven.“ ; Harald Martenstein: „Über Armutsforscher und Nesthocker“ In Zeitmagazin Nr. 20/2015 http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html

⁴³ <http://www.nzz.ch/wirtschaft/deutschland-rechnet-sich-arm-1.18489800> (Abfrage 05/2015)

Der empirisch fundierten wurde frech eine „gefühlte Realität“⁴⁴ gegenübergestellt gemäß dem Motto: Was ich nicht sehe und fühle, gibt es auch nicht. Wer mit dem Rad durch Mecklenburg-Vorpommern radele, so führte etwa Guido Bohsem in der Süddeutschen seinen persönlichen Armutsbegriff aus, müsse feststellen, dass dort die Radwege „besser in Schuss“ seien als „manche Autobahn-Brücke“ in Westdeutschland. Es glänzten Innenstädte, die Dörfer seien „rausgeputzt“ und die Vorgärten gepflegt. Vor den Häusern stünden Mittelklassewagen, weiß Bohsem von seiner Radtour zu berichten. Ein „Zerrbild der Wirklichkeit“ zeichne, wer sich bei der Bestimmung und Messung von Armut nicht auf Pfandflaschensammler, Bettler oder Obdachlose beschränke, so muss man ihn verstehen. Armut ist ausschließlich offensichtliche Armut.

Bohsems „gefühlte Realität“ erinnert an einen Schreiberling, der aus seiner warmen Schreibstube in die kalte Winterlandschaft hinausschaut, das Außenthermometer erblickt und erklärt, die Null Grad, die es anzeige, könnten nicht stimmen. Die Sonne scheine und ihm sei angenehm war. Parallelwelten nennt man das wohl.

Subjektive Wahrnehmungen und Gefühle, sogar Lebenserinnerungen und subjektive Lebenserfahrungen werden dem Versuch entgegengesetzt, Einkommensdiskrepanzen zu messen und damit die Größe jener Gruppe in Deutschland zu erfassen, die nicht teilhaben kann an „der allgemeinen Lebensweise“ in dieser Republik.⁴⁵

Es begegnet uns der offenkundige Versuch, Armut wieder auf ein absolutes Maß zu reduzieren, sogar auf pure physisch-existentielle Not, auf extreme Deprivation: „Wer Ulrich Schneider zuhört“, so war nach der Präsentation des Paritätischen Armutsberichtes in der Welt zu lesen, „glaubt sich in einem anderen, fremden Land. In einem Land, in dem die alleinerziehenden Mütter mit ihren Kindern unter Brücken schlafen müssen und in dem die Rentner bettelnd durch die Straßen ziehen.“⁴⁶ Die nur notdürftig kaschierte Botschaft hinter der Polemik: Da Alleinerziehende in Deutschland offenkundig noch nicht unter Brücken schlafen müssen und Rentner in aller Regel

⁴⁴ Süddeutsche Zeitung v. 21.02.2015. „Falsch berechnet“

⁴⁵ Ähnlich auch Georg Cremer in der FAZ v. 27.04.2015: „Die Behauptung noch nie hätten so viele Menschen hierzulande in Armut gelebt wie heute, suggeriert ein absolutes Maß an Armut und widerspricht der Lebenserfahrung aller, die sich an die materielle Situation in Deutschland in früheren Dekaden erinnern können.“

⁴⁶ Die Welt v. 19.02.2015 unter der Rubrik „Wohlstand“: „Die Wahrheit über die Armut in Deutschland.“

nicht bettelnd durch die Straßen ziehen, gibt es offensichtlich auch keine Armut in Deutschland.

Ähnlich wenn Kolja Rudzio in Die Zeit kritisiert, „dass die Armut, so wie sie hier gemessen wird, wenig mit dem gemein hat, was die meisten Menschen darunter verstehen.“ „Die meisten Menschen denken bei Armut an Pfandflaschensammler, Bettler und Obdachlose“. Die Daten des Statistischen Bundesamtes zeichnen dem gegenüber ein „Zerrbild der Wirklichkeit“.⁴⁷ Auch dieser Kommentar lässt sich in seiner subtilen sprachlichen Wirkung gar nicht anders interpretieren: Armut wird offensichtlich nur dann unverzerrt dargestellt, wenn man sich auf Pfandflaschensammler, Bettler und Obdachlose beschränkt.

Es ist „eine schon mehr als merkwürdige Verirrung in längst vergessen geglaubte frühe Phasen der Armutsforschung“, stellt der renommierte Sozialwissenschaftler und Volkswirt Stefan Sell zu recht fest⁴⁸, um sarkastisch zu fragen: „Stehen wir vor einer Renaissance der ‚veterinärmedizinisch‘ fundierten Armutsforschung?“⁴⁹ Es ist in der Tat ein Rückfall auf einen längst überwunden geglaubten absoluten Armutsbegriff, der Armut erst dann konstatiert, wenn die Befriedigung ganz elementarer, physischer Grundbedürfnisse zur Disposition steht. Und schlimmer noch: Es ist der Rückfall auf eine Position, die Armut solange leugnet, wie man ihr irgendwie ausweichen kann.

Es scheinen diejenigen wieder enger zusammenzurücken, denen es gut geht. Es ist das Zusammenrücken der Erfolgreichen, die endlich ungestört die vielen wirtschaftlichen und auch sozialpolitischen Erfolge Deutschlands genießen wollen: „Armut ist keine Erfindung der Statistiker“, schrieb Sebastian Balzter in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. „Es ist deshalb eine Schande, dass der Armutsbericht, den der Paritätische Wohlfahrtsverband in dieser Woche vorgelegt hat, genau diesen Eindruck hinterlässt. Nie gab es so viele Erwerbstätige wie heute. Die Löhne steigen

⁴⁷ Die Zeit v. 26.02.2015 „Armutsschwindel“

⁴⁸ „Das doppelte Kreuz mit der Armut und der Herkunft: Die (angeblichen) Armutskonstrukteure schlägt man und die Ständegesellschaft 2.0 wird nur angeleuchtet“ Blogeintrag v.3. April 2015 (Aufruf 05/2015) <http://aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/2015/04/3-armut-und-herkunft.html>

⁴⁹ „Die Armut kriegen wir auch noch wegdefiniert. Stehen wir vor einer Renaissance der "veterinärmedizinisch" fundierten Armutsberichterstattung?“ Blogeintrag vom 27. März 2015 (Abfrage 05/2015) <http://www.aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/2015/03/27-armut.html>

dank üppiger Tarifabschlüsse auf breiter Front. Die Unternehmen können sich das leisten, weil sie blendende Geschäfte machen. Der private Konsum kennt kaum noch Grenzen. Trotzdem behauptet der Bericht: ‚Es gibt keinen Zweifel: Die Armut in Deutschland ist auf Rekordhoch‘⁵⁰ Man ist offensichtlich in Feierstimmung und fühlt sich deshalb schlicht „genervt“ von den „Armutlobbyisten“, wie sich ein Kommentator auch ganz unverblümt beklagt.⁵¹ Man will in Ruhe mit seinem Rad durch Mecklenburg-Vorpommern radeln und die schönen Innenstädte und gepflegten Vorgärten genießen, ohne sich zu fragen, wieviel Menschen um einen herum keine Arbeit haben, wie viele Menschen von Hartz IV und Grundsicherung im Alter leben müssen oder wieviel Menschen trotz Arbeit so wenig mit nach Hause bringen, dass sie keinen dieser Mittelklassewagen fahren, über die sich unser radelnder Kommentator so freute.

Armut „nervt“. Das stimmt. Und nicht nur das: Sie beeinträchtigt das Wohlbefinden ganz gehörig. Armut ist der Stachel im Fleisch unseres Wohlstandes – ganz gleich ob wir ihn im Sessel oder aus dem Fahrradsattel genießen wollen.

Die Angst vor der Umverteilung und die nur „angebliche“ Bedürftigkeit

„Armutrisiko“, so wie die 60-Prozent-Schwelle offiziell heißt, war als Begriff noch gut aushaltbar. Risiken gehören zum Leben, Risiken lassen sich beherrschen. Der Begriff Armut lässt dagegen niemanden kalt, weil Armut immer auch Anklage ist. In einer reichen Gesellschaft bezeichnet Armut immer einen Zustand, der per se nicht hinnehmbar ist. Armut ist zwingend. Armut lässt keine Diskussion mehr zu, ist der Begriff erst einmal akzeptiert. Armut verlangt uns etwas ab. Das ist es, was den Armutsbegriff so brisant macht, politisch und moralisch. Das ist es, was die Härte der momentanen Auseinandersetzung, ihre „Verbissenheit“⁵² erklärt.

Mit Ach und Krach sind unsere Reichen und Superreichen und die Anhänger eines Steuersystems, das derlei Reichtum schont, 2013 einer Politik der Umverteilung ent-

⁵⁰ „Armut auf dem Papier“ in FAS v. 21.02.2015

⁵¹ Focus-online am 2.4.2015 „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armutlobbyisten nur noch nerven.“ (Abfrage 05/2015) http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html.

⁵² Heribert Prantl in der Süddeutschen vom 3. April 2015: „Wer in Deutschland arm ist“

kommen. Es gab während des Wahlkampfes durchaus eine Mehrheit in der Bevölkerung für eine gerechtere und solidarischere Steuerpolitik zum Zwecke der Armutsbekämpfung.⁵³ Selbst eine knappe parlamentarische Mehrheit gab es nach der Bundestagswahl. Gleich drei der heute im Bundestag vertretenen Parteien hatten Umverteilung auf ihre Wahlkampffahnen geschrieben. Erst die Koalitionsentscheidung der SPD und das sich anschließende Abrücken ihres Vorsitzenden Sigmar Gabriels von den steuerpolitischen Vorstellungen seiner Partei ließ sie wieder aufatmen. Eine große Koalition und eine Grüne Partei, die sich erst einmal wieder neu sortieren musste, sorgten wieder für verteilungspolitische Ruhe im Lande. Weitestgehend vorbei auch das Bänker-Bashing und die Empörung über eine Politik, die tatenlos zusieht, wie sich die Einkommens- und Vermögensschere in Deutschland immer weiter öffnet. Doch saß der Schreck aus der Umverteilungsdiskussion offenbar noch tief. So tief, dass die einschlägigen Kritiker des Armutsberichtes es einfach nicht vermochten, an sich zu halten. Nachdem sie sich notdürftig an dem einen oder anderen vermeintlichen methodischen Problem des relativen Armutskonzeptes abgearbeitet haben, bricht es aus dem einen oder anderen schließlich heraus. Die Welt lässt das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln auflaufen: Die Daten des Paritätischen seien zwar in Ordnung, so das arbeitgebernahe Institut, doch trage die „kleine Gruppe (der Reichen) ... schon jetzt einen großen Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates bei“. Das jetzige Maß an Umverteilung sei „mindestens ausreichend“.⁵⁴ Auch die FAZ zeigt sich in ihrer Kommentierung eigentlich noch recht großmütig. Es gehe es ja gar nicht um Armut, sondern um Einkommensunterschiede. „Problematisch ist es aber, wenn daraus ein Auftrag an die Politik formuliert wird, wie es der Wohlfahrtsverband mit seiner Forderung nach einem höheren Mindestlohn, langfristig aus der Staatskasse geförderten Arbeitsplätzen und mehr Umverteilung zwischen den Bundesländern tut“, kommt sie auf den politischen Punkt.⁵⁵ Der Berliner Politikwissenschaftler Schröder dreht die Dinge gleich einmal komplett um. Umverteilung wird nicht gefordert, um Armut zu bekämpfen, sondern Armutsberichte, so muss man ihn verstehen, würden geschrieben, um „politische Ziele nach mehr Umverteilung zu untermau-

⁵³ Vgl. Der Paritätischer Gesamtverband : Gerechtigkeit in Deutschland: Einstellung der Bevölkerung zu Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Steuerpolitik. Berlin Umfrage aus dem Mai 2013 sowie Folgeumfrage aus September 2003

⁵⁴ Die Welt v. 4.4.2015 „14,7 Prozent aller deutschen sind arm“

⁵⁵ FAZ v. 21.02.2015 „Arm auf dem Papier“

ern.“⁵⁶ Sprachlich sehr viel rustikaler focus-online: Beim Armutsbericht ginge es einer „Umverteilungslobby“ doch nur darum „die ‚Reichen‘ zugunsten der Benachteiligten zu schröpfen.“⁵⁷

Wenn dann gelegentlich die rhetorische Figur angehängt wird, statt auf finanzielle Umverteilung und höherer Unterstützungsleistungen komme es doch vielmehr auf bessere Bildungsangebote für arme Kinder oder bessere Hilfen für ihre langzeitarbeitslosen Eltern auf dem Arbeitsmarkt an, so scheint das erst einmal sehr einleuchtend. Nichts, was nicht auch der der Paritätische in der Armutsdebatte schon gefordert hätte und beharrlich fordert. Nur bleiben die Kommentatoren die Antwort darauf schuldig, weshalb mehr Kita-Plätze oder bessere Bildungsangebote höhere Mindestlöhne oder höhere Regelsätze in Hartz IV überflüssig machen sollten in Familien oder auch bei alten Menschen, die nicht wissen, wie sie über den Monat kommen sollen. Es drängt sich dann schon gelegentlich der Verdacht auf, dass es hier in erster Linie um Ablenkung und weniger um engagiertes Einfordern geht.

Der Armutsbegriff ist ein Imperativ. Und so ist die Auseinandersetzung auch alles andere als eine akademische in irgendeinem Elfenbeinturm. Seien wir ehrlich: Von der Wissenschaft leiht man sich bestenfalls die passend scheinenden Argumente. Es geht um Interessen und Strategien in der politischen Auseinandersetzung und im öffentlichen „Diskurs“, und weniger um die Suche nach dem Stein der Weisen. Georg Cremer spricht es in seinem FAZ-Kommentar eigentlich recht offen aus, wenn er anmahnt, dass es „den sozialen Zusammenhalt nicht (fördere), wenn hier real bestehende Armutsprobleme in einer Weise skandalisiert werden, die nicht dem gerecht wird, was der Sozialstaat leistet. Diese Skandalisierung kann Abstiegsängste der Mittelschicht schüren, die Legitimität des Sozialstaats untergraben und den Blick verstell-

⁵⁶ „Alles, was moralisch aufgeladen ist, kommt gut an“, sagte der Politikwissenschaftler, „jeder, der idealistisch eingestellt ist, hat den Impuls, etwas gegen Missstände zu tun“. Oft gehe es bei solchen Darstellungen auch darum, politische Ziele nach mehr Umverteilung zu untermauern.“ Wirtschaftswoche Eintrag v. 27.04.2015 „Wächst die Armut in Deutschland wirklich?“ (Aufruf 05/2015) <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/soziale-lage-waechst-die-armut-in-deutschland-wirklich/11700870.html>

⁵⁷ Focus-online am 2.4.2015 „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven.“ (Abfrage 05/2015) http://www.focus.de/finanzen/doenckolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html

len auf politisch erreichbare Schritte, um die Situation von Menschen am Rande der Gesellschaft zu verbessern.“⁵⁸ Ein taktisches Argument.

Armut kann man gar nicht skandalisieren. Armut *ist* der Skandal. Schon das Kind bei seinem Namen zu nennen, ist für viele die Skandalisierung schlechthin. Und so ist es auch wenig erstaunlich, dass noch niemals eine Bundesregierung den Befund einer nennenswerten Armut akzeptieren wollte.⁵⁹ Daran änderten auch die vier regierungsoffiziellen Armutsberichte nichts, die seit 2001 geschrieben wurden.⁶⁰

Es konnte nicht überraschen, dass sich Arbeitsministerin Andrea Nahles, Regierungsmitglied, die sie ist, sich der Fundamentalkritik von Die Zeit und Co. am Konzept der relativen Einkommensarmut gleich mal anschloss. Nicht nur, dass sie selbst ihrer Mutter hätte erklären müssen, dass es keinen allgemeinen Anstieg der materiellen Armut gibt, wie sie der Süddeutschen verriet, auch laufe man Gefahr „den Blick für die wirklich Bedürftigen zu verlieren.“⁶¹ Aus ihrer Sicht sind das z.B. „illegale Einwanderer“ und „sehr viel jüngere Erwerbsgeminderte“.

Was die Arbeitsministerin mit ihrer Formulierung nahelegt: Wo es „wirklich Bedürftige“ gibt, muss es auch *nicht wirklich* Bedürftige in unserem Sozialstaat geben, Menschen die nur *scheinbar* bedürftig sind. Und es dauerte dann auch keine Woche, bis focus-online daraus die „Debatte um die angebliche Bedürftigkeit“ machte.⁶² So funktioniert das.

Schaut man sich die Kommentare in Zeit, FAZ, Focus-online oder auch die Aussagen der Arbeitsministerin im Zusammenhang an, so ist die Hauptbotschaft ganz deutlich: Entwarnung. Alles nicht so schlimm. Viel Wortgeklingel hören wir da in den Kommen-

⁵⁸ FAZ v. 27.4.2015 „Die tief zerklüftete Republik“

⁵⁹ vgl. Ulrich Schneider a.a.O. S. 11 ff.

⁶⁰ Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn; Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2005: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn, Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008. Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn, Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012: Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn

⁶¹ Interview mit Andrea Nahles in der Süddeutschen Zeitung vom 27. März 2015: „Ein schönes Auto fahren, das ist für mich Luxus“ von Guido Bohsem und Thomas Öchsner

⁶² Focus-online am 2.4.2015 „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven.“ (Abfrage 05/2015) http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html

taren, aber auch eine gewisse Empörung glaubt man zu spüren, wie man es denn wagen könne, die „Leistungen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu entwerten“.⁶³ Fast mag man sich wie ein sozialpolitischer Nestbeschmutzer fühlen.

Soviel zur Motivation und Gemengelage widerstreitender Interessen. Aber welche substanziellen fachlichen oder methodischen Argumente wurden in dieser Auseinandersetzung denn nun tatsächlich gegen das Konzept der relativen Einkommensarmut und den Paritätischen Armutsbericht vorgebracht? Verlassen wir mal Nebenschauplätze, wie der Paritätische wolle nur seinen Geschäftszweck unterstützen, er vertrete eine ideologische Position oder er verunsichere die Mittelschicht. Konzentrieren wir uns auf die Daten des Berichtes und echte methodischen Einwände selbst, waren es eigentlich nur vier Punkte, die mit einiger Relevanz ins Feld geführt wurden. Es war zum einen der Vorwurf, die These von einer Zunahme und einem Höchststand der Armut in Deutschland lasse sich nicht halten. Es war die Behauptung, das Konzept der relativen Einkommensarmut sei ganz grundsätzlich nicht in der Lage, Armut zu erfassen. Es vernachlässige regionale Kaufkraftunterschiede. Und ganz konkret komme man bei 60 Prozent des mittleren Einkommens auf Beträge, bei denen man ohnehin nicht von Armut sprechen könne.

Die Kritik am Armutsbericht: Von Höchstständen, Datenreihen und Relativität

Es ist bezeichnend für die gesamte Auseinandersetzung der konservativ-liberalen Presse mit den Befunden des Armutsberichtes: Die Feststellung, bei der Quote von 15,5 Prozent handele es sich um einen historischen Höchststand, wurde zwar heftigst kritisiert, aber nicht widerlegt. Wie auch? Es ist ja nun einmal so. Naseweis wurde behelfsweise darauf hingewiesen, das Statistische Bundesamt weise solche Daten doch erst seit 2005 aus. Für die Identifizierung irgendeines historischen Höchststandes gebe es daher doch überhaupt keine statistische Grundlage.⁶⁴ Fachleute wissen allerdings sehr wohl, dass vergleichbare Datenreihen für Westdeutschland bis in die Mitte der 1980er Jahre und sogar bis in die frühen 1970er Jahre zu-

⁶³ FAZ v. 27.4.2015 „Die tief zerklüftete Republik“ FAZ

⁶⁴ Die Zeit v. 26.2.2015 „Armutsschwindel“

rückreichen⁶⁵ und dass sich im Vergleich der unterschiedlichen Datenreihen durchaus bestimmen lässt, ob man es mit einem Höchststand zu tun hat oder nicht – ein Vergleich, das sei zugestanden, der sinnvollerweise und der Historie Deutschlands Rechnung tragend, erst ab der Vereinigung Deutschlands angestellt werden kann und sollte.⁶⁶

Auch die statistische Tatsache, dass wir es seit 2006 mit einem klaren „Aufwärtstrend“ bei den Armutsquoten zu tun haben, schien zwar nicht gut anzukommen, war jedoch nicht zu widerlegen. Angeführt wurde, dass der Zuwachs zwischen 1998 und 2005 doch noch stärker gewesen wäre. Der Anstieg seit 2006 sei dagegen doch eher moderat.⁶⁷ Alles richtig und historisch interessant. Nur wird dadurch die wichtige Feststellung des Berichtes keinesfalls falsch, wonach die Daten nach einem erfreulichen Rückgang in 2005 seit 2006 wieder einen klaren Aufwärtstrend erkennen lassen.⁶⁸ Es ist dieser Aufwärtstrend seit 2006, auf den es politisch ankommt, der tatsächlich alarmieren sollte, und der die offene Frage aufwirft, weshalb er nach dem Rückgang in 2005 einsetzte und was ihn trägt. Statistiken wie die des Armutsberichtes können immer nur Schlaglichter werfen und Fingerzeige geben für ungute Entwicklungen. Die Ursachenanalyse würde freilich den Einsatz weit größere Ressourcen erfordern. Die Politik hätte allerdings in der Hand, beispielsweise in den Armutsberichten der Bundesregierung genau dieser und anderen Fragen, die der Armutsbericht aufwirft nachgehen zu lassen.

Das zentrale Argument gegen das Konzept der relativen Einkommensarmut bleibt jedoch eine Relativität selbst. Es könne lediglich Einkommensunterschiede erfassen, nicht aber Armut. Kaum ein Kritiker konnte es sich verkneifen, vorzurechnen, dass selbst dann, wenn alle Menschen in Deutschland 100 mal mehr Einkommen hätten und der Wohlstand gleichsam „explodieren“ würde, nach dem Konzept der relativen Einkommensarmut die Armut trotzdem immer die gleiche bliebe. Das sinnfällige

⁶⁵ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichstumsbericht der Bundesregierung. Bonn

⁶⁶ s. offenes Schreiben an Kolja Rudzio v. 4.3.2015 (Abfrage 05/2015) <http://www.der-paritaetische.de/nc/pressebereich/artikel/news/offener-brief-von-ulrich-schneider-an-zeit-redakteur-kolja-rudzio/>

⁶⁷ „FAZ v. 27.4.2015 „Die tief zerklüftete Republik“

⁶⁸ Damit wäre übrigens auch die Frage beantwortet, weshalb der Paritätische in seinem Bericht Daten ab 2006 und nicht ab 2005 abbildet, was einer der Kritiker monierte. Erst mit der Betrachtung seit 2006 zeigt sich der politisch besorgniserregende Aufwärtstrend. Die Darstellung des Kurvenverlaufs seit 2005 ist dagegen in diesem Kontext sachlich irrelevant.

Bild von der theoretischen Armut selbst bei „explodierendem Wohlstand“, eingeführt in einem Kommentar von Guido Bohsem im Wirtschaftsteil der Süddeutschen am 21. Februar 2015, wurde fast wortgleich aufgegriffen im Zeit-Kommentar von Kolja Rudzio vom 26. Februar 2015. Am 27. März wanderte es – Welch ein Zufall - in den Mund von Andrea Nahles, interviewt für die Süddeutsche von – noch so ein Zufall - Guido Bohsem. Nachdem Bohsem das Ganze unter der Überschrift „Warum man Armut neu definieren muss“ in der Süddeutschen vom 30. März noch einmal aufgewärmt hatte, wurde dann schließlich alles zusammen schlussverwertet von Uli Dönchs am 2.4.2015 auf focus-online. So geht das.

„Prima Vista war das ein Argument von frappierender, verblüffender Einfachheit“, so Heribert Prantl, Chefredakteur der Süddeutschen zum Argument des explodierenden Einkommens, „aber aufs zweite Nachdenken von eklatanter Blödigkeit – weil ein solcher Einkommenszuwachs natürlich mitnichten automatisch ein Wohlstandszuwachs wäre.“⁶⁹

Dem ist wenig hinzuzufügen, außer vielleicht, dass jene Kommentatoren, die solche „Blödigkeit“ in die Welt setzten, gar nicht so blöde waren. Sondern dass sie mit derlei Bildern und absurden Zahlenspielen bei ihren Lesern einfach nur einen Bericht und ein Konzept kaputt schreiben wollten, die ihnen offensichtlich nicht passten, aus welchen Gründen auch immer. Und weil sie einen anderen, sehr viel engeren Armutsbegriff etablieren wollen.

Bewusst unterschlugen sie, worauf einer der Autoren des Armutsberichtes in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau aufmerksam machte: „Das vorgebrachte Gedankenspiel hätte zu Ende gedacht nichts anderes zur Folge als ein massives Wachstum der Inflation. Man hätte zwar mehr Einkommen, aber alles würde auch mehr kosten. Wer glaubt, während der Hyperinflation in den 1920iger Jahren hätten die Menschen in größerem Wohlstand gelebt, weil sie ein Einkommen in Milliardenhöhe bezogen haben, der glaubt auch, dass ein Zitronenfalter Zitronen faltet.“⁷⁰

⁶⁹ Heribert Prantl in „Wertedialog – Was wirklich wichtig ist“ Dokumentation der Auftaktkonferenz am 26. März 2015. Hg.: Paritätischer Gesamtverband, Berlin

⁷⁰ Christian Woltering in der Frankfurter Rundschau vom 8. März 2015: „Armut muss gemessen werden“

Und selbst dort, wo der Einkommenszuwachs nicht durch Preissteigerungen aufgefrissen wird, wo also das „allgemeine“ Wohlstandsniveau durchaus wächst, behält der relative Armutsbegriff seine Bedeutung. Mehr noch: Er wird umso relevanter, da es gerade nicht um eine absolute Wohlstand- oder Armutssposition geht. Es geht um Teilhabemöglichkeiten, um Wohlstandsgefälle, die für die, die sich auf den unteren Sprossen der Wohlstandsleiter befinden, mit harten Erfahrungen der Ausgrenzung verbunden sind. Es geht um das Zusammenhalten dieser Gesellschaft, um die Begrenzung von Ungleichheit und die Bekämpfung von Fliehkräften in dieser Gesellschaft. Das Konzept der relativen Einkommensarmut geht von einem Gesellschaftsbild aus, das einen gewissen Gemeinschaftsgedanken impliziert.

Es beschreibt nicht lediglich. Ihm liegt vielmehr ein sozialer Anspruch zugrunde: Dass es nämlich einen jeden in dieser Gesellschaft „mitzunehmen“ gilt. Es geht tatsächlich davon aus, dass eine Gesellschaft nicht erst dann unsozial wird, wenn sie zulässt, dass bestimmte absolute Armutsschwellen unterschritten werden.⁷¹ Es geht davon aus, dass sie es auch dann bereits ist, wenn die Einkommensunterschiede zu groß werden und dadurch bis in die Mitte hinein Lebensstile und Lebensstandards etabliert werden, bei denen mehr und mehr Menschen einfach nicht mehr „mit-halten“ können.

60-Prozent-Schwelle und Existenzminimum

Zugegeben: Wer mit einem solchen Gesellschaftsbild nichts anzufangen weiß, wer in wachsenden Einkommensunterschieden kein ernsthaftes Problem sieht, so lange alle in dieser Gesellschaft etwas zu Essen, ein Dach über den Kopf, Teilhabegutscheine oder Tafeln haben, der wird auch mit dem Begriff relativer Einkommensarmut nichts anfangen können. Für diese Kritiker dürfte das derzeitige Niveau von Hartz IV oder der Altersgrundsicherung durchaus bereits geeignet sein, um Armut zuverlässig zu verhindern.

⁷¹ So hat etwa der Rat der EU im Frühjahr 2010 den Indikator „erhebliche materielle Entbehrung“ zur Armutsmessung eingeführt. Sie liegt dann vor, wenn mindestens vier von 9 Kriterien wie „finanzielle Probleme, die Wohnung zu heizen“, „finanzielle Probleme, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können“ oder „Fehlen eines Farbfernsehers im Haushalt „ oder „eines Telefons aus finanziellen Gründen.“

Und deshalb konnte es auch überhaupt nicht überraschen, dass heftigst in Abrede gestellt wurde, dass die aktuellen Schwellenwerte für die Armutsberechnungen – 892 Euro im Monat bei einem Single oder 1.873 Euro für eine vier-köpfige Familie mit zwei jüngeren Kindern – Armut bezeichnen.

Es ist freilich eine Kritik, die ins Beliebige abgleiten muss. Denn selbstverständlich kann man dies tun. Man kann es auch begründen. Doch wird es immer auf den eigenen Standpunkt, das eigene Menschenbild und das eigene Gesellschaftsbild ankommen, ob ich eine solche Begründung für plausibel halte oder nicht. Es gibt nun einmal keinen wissenschaftlich-archimedischen Punkt, von dem aus Armut objektiv zu definieren wäre. Es gibt auch keinen solchen Punkt, von dem aus das soziokulturelle Existenzminimum objektiv zu definieren wäre.

Wer kein Problem damit hat, wenn er sich im Supermarkt an der Fleischtheke, ohne auf den Preis achten zu müssen, teure Steaks einpacken lässt, während zehn Meter weiter eine alte Frau die billigsten Nudeln und zwei Eier in ihren Einkaufswagen packt, weil es für mehr nicht reicht, der wird kaum von Armut sprechen, wird sie gar nicht sehen können. Wer es für völlig in Ordnung hält, wenn er regelmäßig ins Kino geht oder teure Konzerte besucht, wenn er gern und häufig Freunde einlädt, zwei- bis dreimal im Jahr Urlaub macht und ansonsten Wert auf gediegene Markenware legt, während die Familie in der Nachbarschaft sich nicht einmal einen Zoobesuch leisten und ins Theater nur mal gehen kann, wenn die Oma „zuschießt“, wenn das Kind aus dem Sportverein abgemeldet wurde und der Vater ohnehin nicht mehr zum Kegelabend geht, weil es nicht mal mehr für das eigene Bier reicht, geschweige denn für die gelegentliche Runde – wer all das in Ordnung findet, weil „ja alle irgendwie klarkommen“, der kennt einfach keine Armut und wird sie auch niemals erkennen können.

Und selbst, wenn er sie sehen sollte: er wird sie als Armut nur akzeptieren können, wenn er zugleich bereit ist, zu teilen. Es gilt nach wie vor, was die Sozialwissenschaftlerin Marie-Luise Stiefel bereits vor fast 30 Jahren zu der un schönen und deshalb selten zugestandenen Wechselwirkung von Armutsdefinition und der Bereitschaft zu Teilen festhielt: „Je nachdem, wie viel oder wie wenig wir bereit sind, vom insgesamt erwirtschaftetem Wohlstand für die Verhinderung und Be-

hebung von Notlagen in der Bevölkerung abzuzweigen, werden wir bei der inhaltlichen Festlegung des Begriffes Armut die Grenzen weiter oder enger abstecken.“⁷²

Das Konzept relativer Einkommensarmut und die Konzepte absoluter Armut, wie sie sich im Warenkorb und im Statistikmodell wiederfinden, sind sehr verschieden. Sie fußen auf sehr unterschiedlichen Gesellschaftsbildern, Idealen und auch Gerechtigkeitsbegriffen. Dies soll keinesfalls verwischt werden, wenn wir dennoch versuchen, eine Brücke zu bauen zu jenen, die das Konzept relativer Einkommensarmut meist aus ideologischen Gründen ablehnen, und ihrem Verständnis absoluter Armut näher zu kommen. Das Statistikmodell zur Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze dürfte dabei die einzige Schnittstelle sein. Es gibt gute Gründe, die diese Methode der Regelsatzbemessung sehr grundsätzlich anzuzweifeln. Anstatt Bedarfe zu definieren, werden im Grunde lediglich Einkaufslisten von Menschen zusammengestrichen, die ohnehin kaum Geld haben. Doch ist es ein Verfahren, auf das sich alle Akteure erst einmal nolens volens und bei noch so starken „Bauchschmerzen“ eingelassen haben. Und so kann es, um jene Brücke zu bauen, durchaus interessant sein, wie sich Statistikmodell und 60-Prozent-Schwelle in ihren ganz konkreten Armutsschwellen, in Euro und Cent, zueinander verhalten.

399 Euro sind es derzeit für einen Erwachsenen und das Geld für die Wohnkosten, die das Existenzminimum in Hartz IV markieren sollen. Sie schützen ihn angeblich vor Armut und ermöglichen es, nicht nur seine Grundbedürfnisse von Essen bis zur Kleidung zu stillen, sondern auch teilzuhaben am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, von der Literatur über die Musik bis zur sportlichen Betätigung. Bei den Kindern müssen zwischen 234 und 302 Euro reichen. Die sind ja auch kleiner und brauchen angeblich nicht so viel. Hinzu kommt bei ihnen aber noch ein 10-Euro-Gutschein für die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder ähnliches, gelegentlich die Übernahme der Kosten für einen Schulausflug und 8 Euro im Monat für alles was die Schule an Kosten mit sich bringt.

Wie immer man zu diesen Beträgen steht – manche halten sie sogar noch für zu hoch: Es wird niemand, der die Geschichte der Regelsatzberechnung in ihren Details

⁷² Vgl. Stiefel, Marie-Luise (1986): „Gibt es Armut in der Bundesrepublik? Von den Schwierigkeiten, darauf eine Antwort zu finden“ In: Blätter der Wohlfahrtspflege Heft 9/1986, S. 251 ff

kennt, ernsthaft bestreiten wollen, dass bereits zur Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 die Beträge an allen Bedarfen vorbei zielgerichtet kleingerechnet wurden, um haushaltspolitischen Vorgaben zu genügen.⁷³ Der Vorgang wiederholte sich 2010, als auch das Bundesverfassungsgericht eine Neuberechnung einforderte, weil es in der Festsetzung der Regelsätze Willkür entdeckte und einen Verstoß gegen Artikel 1 des Grundgesetzes, gegen die Menschenwürde sah. Damals wurde erneut hemmungslos in die Statistik eingegriffen und wurden sogar die Berechnungsgrundlagen selbst so verändert, dass man um eine deutliche Erhöhung der Regelsätze herum kam.⁷⁴

Penibel hatte der Paritätische vorgerechnet, dass selbst in der Logik des Statistikmodells die Regelsätze nicht 399 Euro, sondern 485 Euro betragen würden, hätte man auf die sachfremden manipulativen Eingriffe in die Statistik verzichtet.⁷⁵ 485 Euro und Wohnkosten markieren nach dem Statistikmodell ohne die besagten manipulativen Eingriffe das Existenzminimum.

Für die vierköpfige Familie wären es, der Regelsatzschematik folgend, je nach Alter der Kinder zwischen 1.468 Euro und 1.650 Euro Regelbedarf plus Wohnkosten.

Die Frage ist nun, wie sich diese Beträge zur 60-Prozent-Schwelle des relativen Einkommenskonzeptes verhalten. Kann und darf man bei der 60-Prozent-Einkommensschwelle, wie sie das Statistische Bundesamt zur Armutsmessung verwendet, heute, hier und jetzt also von Armut sprechen oder nicht? Nein, werden die Kritiker ein weiteres Mal rufen. Die einheitliche 60-Prozent-Schwelle für ganz Deutschland verdecke die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten zwischen München und Greifswald, zwischen Wiesbaden und Dortmund. Verwiesen wird dabei gelegentlich auf eine Studie, in der das Institut der Deutschen Wirtschaft kaufkraftbereinigte regionale Armutsquoten berechnet hat, um nachzuweisen, dass ein flächendeckender Mindestlohn überflüssig sei und die Realität nicht treffe.⁷⁶ Aber auch hier

⁷³ vgl. Ulrich Schneider a.a.O. S. 159 ff.

⁷⁴ Vgl. Martens Rudolf 2013: Gutachten des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in den verfassungsrechtlichen Prüfverfahren 1 BvL 10/12 und 1 BvL 12/12 zu den Aussetzungs- und Vorlagebeschlüssen des Sozialgerichts Berlin vom 25. April 2012. Berlin 29. August 2013

⁷⁵ Martens Rudolf: Expertise zur Fortschreibung der Regelsätze zum 1. Januar 2015. Berlin Dezember 2014 Hg. Paritätischer wohlfahrtsverband. Auf einen ähnlichen Betrag kommt auch der Deutsche Caritasverband.

⁷⁶ Die Welt v. 19.02.2015 „Die Wahrheit über die Armut in Deutschland.“

steckt der Teufel im Detail. Es macht nur begrenzt Sinn, die Lebenshaltungskosten armer Menschen anhand eines allgemeinen standardisierten Warenkorb zu messen. Menschen mit sehr wenig Geld haben gezwungenermaßen ein anderes Verbrauchsverhalten als Menschen mit durchschnittlichem geschweige denn hohem Einkommen. Auch regional bestehen z.T. starke Unterschiede, nicht nur was die Preise anbelangt, sondern auch was den Bedarf betrifft, schaut man beispielsweise nur auf die Mobilitätskosten und den öffentlichen Personennahverkehr. Man bräuchte für kaufkraftbereinigte regionale Armutsquoten tatsächlich regional spezifische Warenkörbe speziell für die Menschen in der Armut. Ein solches tragfähiges Modell gibt es noch nicht. Doch gilt es derlei Aspekte zu berücksichtigen, will man nicht zu möglicherweise verzerrten Ergebnissen gelangen. Was man jedoch weiß, ist, dass die wesentlichen Ausgabenblöcke armer Menschen Nahrungsmittel/Getränke und Wohnkosten sind. Bei Nahrungsmitteln sind die regionalen Preisunterschiede für arme Menschen meist eher sehr gering, da ohnehin beim Discounter gekauft wird. Einen echten Unterschied machen die Wohnkosten aus.

Um also schließlich doch noch die Frage beantworten zu können, wie sich die 60-Prozent-Schwelle und Statistikmodell zueinander verhalten, kann man sich so behelfen, dass man sich die unterschiedlichen durchschnittlichen Wohnkosten der Hartz-IV-Bezieher in den etwas über 400 Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands anschaut, um regionale Existenzminima zu berechnen.⁷⁷ Wenn man es tut, stellt man fest, dass für fast alle Haushaltstypen⁷⁸ in fast allen Kreisen in Deutschland das nach dem (unmanipulierten) Statistikmodell berechnete Existenzminimum noch oberhalb der 60-Prozent-Schwelle liegt. Anders herum formuliert: Die Beträge aus der 60-Prozent-Schwelle lagen unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums. Von Alleinerziehenden bis zu Paarhaushalten mit Kindern unterschiedlichen Alter: lediglich bei Singlehaushalten, kinderlosen Paaren und Alleinerziehenden mit einem älteren Kind über 14 Jahren lag der 60-Prozent-Schwellenwert in der Mehrzahl der Kreise nicht unterhalb des Existenzminimums. Das heißt: Für die Mehrheit der Menschen, die in Haushalten unterhalb der 60-Prozent-Schwelle leben, ist auch das soziokulturelle Existenzminimum nach dem Statistikmodell unterschritten. Die 60-Prozent-

⁷⁷ „Regionale Hartz-IV-Schwellen und 60-Prozent-Einkommensniveau – Berechnungen und Tabellen“ (unv. Man. Paritätischer Wohlfahrtsverband 2015)

⁷⁸ Singles, Paarhaushalte ohne Kinder, Paarhaushalte mit unterschiedlicher Anzahl von Kindern unterschiedlichen Alters und Alleinerziehendenhaushalte mit unterschiedlicher Anzahl von Kindern unterschiedlichen Alters

Schwelle müsste damit selbst für jene, die sich auf das Konzept relativer Einkommensarmut nicht einlassen wollen, „eine in ihrer Höhe plausible Kennziffer zur Bestimmung von Einkommensarmut“, wie es der Paritätische in seinem Bericht formulierte.⁷⁹

Es ist eine in sich stimmige und geschlossene pragmatische Herleitung einer Armutsgrenze. Am Ende wird sie jedoch genauso beliebig bleiben, wie jede andere Herleitung. Ob sie wirklich überzeugt, hängt vor allem vom Betrachter ab, davon, was er unter Armut verstehen *will*. Man kann jede Grenze und jedes Maß ablehnen.

Armut kann letztlich immer nur das sein, worauf wir uns verständigen, was sie ist. Bei aller intellektuellen Annäherung an Rechen- und Statistikmodelle. Es ist die emotionale Komponente, die die Verständigung letztlich so schwierig macht. Ich muss Statistik auf Alltag herunterbrechen. Und um zu dem Schluss zu gelangen, dass es sich in einer ganz konkreten, alltäglichen Situation um Armut handeln könnte, reicht es nicht aus, sie lediglich intellektuell zur Kenntnis zu nehmen und zu reflektieren. Es braucht eine subjektive, emotionale Berührung. Dabei geht es nicht um Mitleid, da es gar nicht um Leid im eigentlichen Sinne gehen muss. Es kann Empörung sein, es kann Trauer sein, Zorn, Wut oder Resignation; doch bedarf es irgendeiner emotionalen Regung. Ohne Emotion ist die Verständigung auf einen tragfähigen Konsens zum diffusen Problem der Armut als Grundlage eines gemeinsamen Handelns schwer möglich. Wer nicht traurig werden kann angesichts von Elend und Ausgrenzung, wer sich nicht empören und aufregen kann, dem ist zumindest die Fähigkeit der Scham zu wünschen. Denn falsch war es nicht, was der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem ersten Armutsbericht schon vor über fünfundzwanzig Jahren festhielt: „Es geht um unsere Schamgrenze angesichts gravierender Disparitäten in den Lebensverhältnissen. Es geht um unsere Schamgrenze angesichts höchst ungleicher Chancen zu einem menschenwürdigen Dasein und individueller Selbstverwirklichung. Was wir in diesem Zusammenhang nicht hinzunehmen bereit sind, und wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land, ist letztlich Armut.“⁸⁰

⁷⁹ Vgl. Paritätischer Wohlfahrtsverband 2015 a.a.O. S. 2

⁸⁰ Paritätischer Wohlfahrtsverband 1989 a.a.O. S. 342